

#### Linz muss Heimat bleiben!

Unsere Heimatstadt Linz verändert sich immer stärker. Allein seit dem Jahr 2014 ist der Anteil der Ausländer an der Linzer Gesamtbevölkerung um 8,1 % auf mittlerweile 25,7 % gestiegen – das ist ein Wachstum um fast 20.000 Personen. Besonders deutlich werden die Folgen dieser Entwicklung in unseren Kindergärten und Schulen. So haben nur noch knapp 36 Prozent aller Linzer Kindergartenkinder in städtischen Kindergärten Deutsch als Muttersprache, um nur ein Beispiel zu nennen.

Aus der Bevölkerungsstatistik ergibt sich zudem eindeutig, dass die Zahl der Österreicher in Linz stetig sinkt, während die Gesamtbevölkerung in Linz wächst. Es zeigt sich, dass das Bevölkerungswachstum ausschließlich auf Zuwanderung zurückzuführen ist. Das wird unsere Gesellschaft noch vor große Herausforderungen stellen, wenn wir nicht entschieden entgegensteuern.

"Besonders in unseren Kindergärten und Schulen zeigt sich diese Veränderung sehr deutlich. Das bringt neben großen gesellschaftlichen auch sprachliche Probleme. Die oftmals massiven Sprachbarrieren haben großen Einfluss auf unsere Bildungsstandards und somit auch

> auf die Zukunft unserer Kinder. Gewisse Gruppen von Zuwanderern weigern sich dazu auch noch, mit ihren Kindern zu Hause Deutsch zu

en, wenn ntgegen
DI Markus Hein Vizebürgermeister sprechen. Da helfen auch die derzeitigen Sprachfördermaßnahmen nicht aus. Wir brauchen deshalb Wirkungsvollere Maßnahmen, um die dadurch entstehenden Probleme bestmöglich zu bewältigen. Es braucht aber gleichzeitig auch ein Umdenken in der Zuwanderungspolitik. Als freiheitlicher Politiker ist es meine Pflicht, für den Erhalt unserer Werte und unserer Gesellschaft einzutreten", erklärt der Obmann der Linzer Freiheitlichen, Vizebürgermeister Markus Hein.

### Wichtigste Forderungen:

- Umdenken in Zuwanderungspolitik
- Familienfreundliche Maßnahmen für Linzer
- Deutsch als Grundvoraussetzung für soziale Leistungen und geförderten Wohnbau



### **Ghetto-Bildung in Linz verhindern**

Immer stärker entwickeln sich vor allem südliche Stadtbezirke der Stadt Linz zu Ghettos, in welchen der Anteil der Österreicher immer kleiner wird und der Anteil an Zugewanderten ununterbrochen wächst. In manchen Stadtteilen wie etwa Bulgariplatz, Franckviertel, Auwiesen und Neue Heimat beträgt der Ausländeranteil schon über 30% der gesamten Bezirksbevölkerung.

"Es ist höchste Zeit, hier entgegen zu wirken. Ansonsten droht sich dieser Trend fortzusetzen bis die österreichische Bevölkerung in vielen Linzer Bezirken zu einer Minderheit wird", fordert FPÖ-Obmann Markus Hein. Die dänische Regierung etwa hat dieses Problem erkannt und ein Gesetz beschlossen. wonach der Anteil "nicht-westlicher" Bürger in jedem Stadtteil innerhalb von 10 Jahren auf max. 30% begrenzt wird. Damit soll eine Gettoisierung der Städte verhindert werden. "Österreich und Linz müssen hier nachziehen. Es darf in unserer Heimatstadt nicht dazu



kommen, dass wir Linzer Fremde in unseren Stadtteilen sind Einer Ghettobildung, wie sie immer mehr stattfindet, muss entgegengewirkt

werden. Und darüber hinaus muss klar sein: kriminelle und illegale Zuwanderer müssen konsequent abgeschoben werden!"



In Linz fehlen immer noch über 50 Polizeibeamte auf unseren Dienststellen.

"Die Sicherheit der Linzer leidet unter diesem Personalnotstand! ÖVP-Innenminister muss endlich dafür sorgen, dass wir die nötige Anzahlan Polizisten in unserer Heimatstadt bekommen. Nur von Sicher-

heit reden aber nichts dafür tun, ist klar zu wenig, Herr Innenminister!", stellt der freiheitliche Linzer Sicherheitsstadtrat Michael Raml klar.
"Wir Freiheitlichen haben im Linzer Gemeinderat erreicht, dass Innenminister Nehammer aufgefordert wird, mehr Polizisten nach Linz zu senden und zusätzliche Wachzimmer – allen voran am Bindermichl –

einzurichten. Für uns ist aber auch eines vollkommen klar: Die polizeilichen Ressourcen müssen endlich wieder zur Kriminalitätsbekämpfung verwendet werden können! Die türkis-grüne Bundesregierung darf sie nicht länger dazu zwingen, die Einschränkung der Freiheit der Menschen überwachen zu müssen!"



Das Stadtbild in unserer Heimatstadt war lange Zeit von unseren Traditionen und unserer Geschichte geprägt. Aber es verändert sich.

Mittlerweile wird das Erscheinungsbild vieler Straßenzüge von zugewanderten Großfamilien dominiert. Ganze Linzer Stadtteile sind längst nicht mehr wiederzuerkennen. Vor allem im Linzer Süden oder auch in bekannten Durchzugsstraßen, wie etwa der Humboldtstraße oder Dinghoferstraße, ist Linz teilweise nicht mehr wiederzuerkennen.

Unsere Kultur und unsere Gesellschaft werden immer weiter zurückgedrängt. Der "echte" Linzer ist dort nur noch selten anzutreffen.

#### Ist Linz noch DEINE Heimatstadt?

Nur wir Freiheitliche setzen uns für den Erhalt unserer Heimatstadt ein. Dass österreichische Traditionen, wie etwa unsere Wirtshäuser, immer mehr verdrängt werden und stattdessen Kebapbuden und Barbershops die Stadt prägen, lehnen wir ab.

Wir sind den Linzern treu – Damit Linz Heimat bleibt!

# Versteckte Radikalisierung in Moscheen endlich stoppen

"Der radikale Islam verbreitet sich gerade in sogenannten Hinterhofmoscheen. Ich selbst gehe in Linz seit Jahren kompromisslos gegen solche Moscheen vor. Aber auch die vier ´offiziellen´ Moscheen in Linz agieren und predigen abseits jeglicher Kontrolle", erklärt der freiheitliche Vizebürgermeister Markus Hein.



"Deshalb fordern wir seit langem eine Moscheenstudie in Linz. Wir müssen einen klaren Einblick bekommen, was in den Moscheen vorgeht – und zwar sofort! Nur so können wir drohenden islamistischen Wahnsinns-Taten, wie etwa in Wien letzten Herbst, vorbeugen und Radikalisierung bestmöglich verhindern. Es darf jedoch keine wertvolle Zeit verstreichen: Wir müssen unsere Bürger schützen – es geht um Menschenleben!", unterstreicht Hein

Die Linzer FPÖ hat die Zeichen der Zeit schon längst erkannt. Bereits Ende Sommer hat sie im Gemeinderat die angesprochene Moscheenstudie beantragt. "Leider bekannten sich ÖVP, SPÖ und Grüne - anders als wir Freiheitliche - nicht gegen den radikalen Islam und verwehrten dem Antrag die sofortige Zustimmung. Wieder zeigt sich ganz deutlich, dass nur wir aktiv gegen den radikalen Islam in unserer Heimatstadt kämpfen. Bei allen anderen Parteien sind die Sicherheit der Linzer und der Kampf gegen Radikalisierung offenbar nur Lippenbekenntnisse."



### Warum ein radikal-islamisches Frauenbild bei uns keinen Platz haben darf...

Der Ausländeranteil an der Linzer Gesamtbevölkerung liegt derzeit bei ca. 25,7 % und dabei sind kürzlich eingebürgerte Zuwanderer noch gar nicht eingerechnet. Viele dieser Zuwanderer stammen aus muslimisch geprägten Ländern und vertreten ein vorgestriges Frauenbild.

"Selbstverständlich sind nicht alle Zuwanderer über einen Kamm zu scheren. Wenn es aber um außereuropäische Einwanderung geht, dürfen auch die massiven Probleme mit bestimmten Migrantengruppen nicht übersehen werden", erklärt die freiheitliche Jugendkandidatin Lisa Kreuzer und führt weiter aus: "Zuwanderer, die in einem radikalislamischen Umfeld groß geworden sind, haben mit hoher Wahrscheinlichkeit Probleme bei der Eingliederung in unsere Gesellschaft. So fühlen sich beispielsweise viele muslimische Männer von selbständigen, unverschleierten und starken Frauen in ihrer Ehre bedroht. Insbesondere die sexuelle Selbstbestimmung der europäischen Frau scheint für den radikalen

Islam ein massives Problem zu sein. Wir haben dieses rückständige Frauenbild zum Glück in Europa seit langer Zeit überwunden und niemand von uns wünscht es sich wieder zurück."

Dass viele österreichische Frauen heute leider wieder vermehrt mit

> dieser Rückständigkeit zu kämpfen haben, bezeugt der massive Anstieg der Gewalt gegen Frauen.

Jede fünfte Frau in Österreich ist ab ihrem 15. Lebensjahr körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Wurden 2015 noch 17 Frauen in Österreich getötet, hat sich diese Zahl 2020 mit 31 Getöteten fast verdoppelt. Dabei hat laut Experten ein überproportional großer Anteil an Tätern Migrationshintergrund. "Gewalt gegen Frauen darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Es ist deshalb für mich völlig unverständlich, warum gerade feministische Kreise sich laufend mehr und mehr Zuwanderung wünschen. Ich glaube, wir brauchen hier ein grundsätzliches Umdenken. Diese Masse an außereuropäischer Zuwanderung ist für unser Wertesystem nicht verkraftbar", so Kreuzer.

Wir haben dieses rückständige
Frauenbild zum Glück in Europa
seit langer Zeit überwunden und
niemand von uns wünscht es
sich wieder zurück.

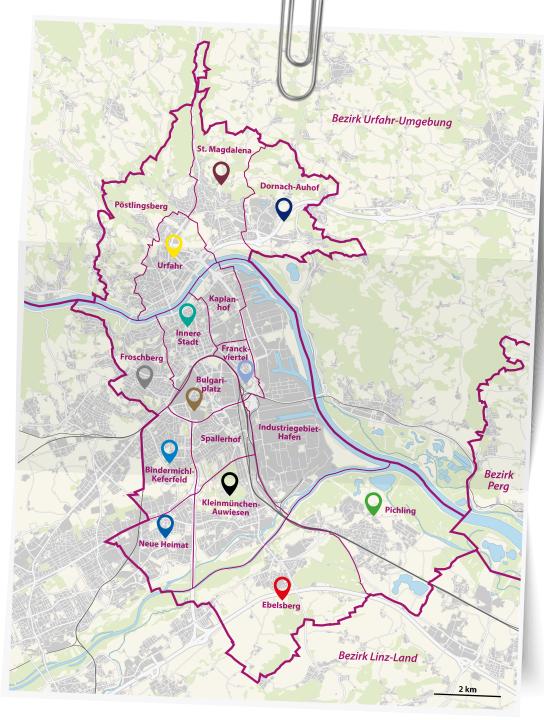
Lisa Kreuzer, Jugendkandidatin



### Aus den Stadtteilen

Wir Freiheitliche sind den Linzern treu. Deshalb setzen wir uns für die Menschen im gesamten Stadtgebiet ein und haben viele Verbesserungen quer über unsere Heimatstadt erreicht und umgesetzt:

- Ein gutes Freizeitangebot ist Teil der Lebensqualität: Schwimmbad für Ebelsberg kommt
- Nach zähen
  Verhandlungen:
  Motorikpark endlich
  durchgesetzt
- Hinhören statt
  Drüberfahren:
  Örtliche Bürgerinitiativen in Entscheidungen einbinden
- Stadtteile erhalten:
  Franckviertler Kiosk
  und sozialer Wohnbau
  werden nicht verscherbelt
- Linzer Brückenoffensive: Zeitgemäße Infrastruktur schafft Entlastung für alle
- Mehr Sicherheit für unsere Leut: Neues Wachzimmer eingefordert
- Für ein sauberes Linz:
  Strafen für Müllsünder durch
  Ordnungsdienst umgesetzt
- Öffi-Netz wird ausgebaut: Bessere Anbindung ans Stadtzentrum kommt



- Druckmachen zahlt sich aus: Linzer Solidaritätsfonds wird fortgesetzt, Luftsteuer für Betriebe wird nicht eingehoben
- Grüngürtel bleibt erhalten: Keine Verbauung zulasten des Stadtgrüns. Dabei bleibt es
- Wir lassen nicht locker: Linzer Mediziner sollen in Linz praktizieren
- Baumpflanzungen ohne
  Benachteiligung:
  Bürger müssen bei Pflanzungen mitreden dürfen

Den Linzern treu.



## Endlich faire Verhältnisse für Sozialleistungen schaffen

Um Missbrauch vorzubeugen und faire Verhältnisse in Sachen Sozialleistungen zu schaffen, fordert Vizebürgermeister Markus Hein klare Grundvoraussetzungen: "Um Sozialleistungen zu erhalten, muss der Erwerb der deutschen Sprache die Minimalanforderung sein. Wer nicht willens ist, Deutsch zu lernen, soll keine sozialen Leistungen der Stadt bekommen. Gleichzeitig sollen städtische Sozialleistungen dran gekoppelt sein, dass Bezieher mindestens fünf Jahre in Linz gelebt haben. Weiterhin Zuwanderern ab dem ersten Tag ihres Aufenthaltes in Linz alle Sozialleistungen zuzuerkennen, ohne dass sie jemals

einen positiven Beitrag für unsere Stadt geleistet haben, ist unfair und muss sich sofort ändern", unterstreicht der Freiheitliche.



#### Alkoholverbot in Volksgarten & Schillerpark

Sicherheitsstadtrat Raml sorgt für Ordnung und Sauberkeit in den Linzer Parkanlagen

"Ich möchte sichere und saubere Parks, in denen sich alle Linzer wohlfühlen. Der Volksgarten und der Schillerpark haben in der Vergangenheit für zahlreiche Probleme und viel Aufregung gesorgt. Ich bin ein freiheitsliebender Mensch. Verbote sollen immer das letzte Mittel sein. Wenn sich stark alkoholisierte Gruppen aber regelmäßig derart aufführen, dass unzählige andere Linzer diese Innenstadtparks meiden, dann besteht Handlungsbedarf", informiert der Linzer Sicherheitsstadtrat Michael Raml über ein von ihm erreichtes Alkoholverbot für den Volksgarten und den Schillerpark. Dieses soll am 1. Juli vom Linzer Gemeinderat beschlossen werden.

#### Parks sollen Erholungsoasen für Linzer sein

"Kinder, Familien und Spaziergänger sollen unsere Parkanlagen wieder genießen können. Auch für die leidgeplagten Anrainer der Parks wird es eine deutliche Erleichterung bringen. Der Volksgarten und der Schillerpark, sollen wieder innerstädtische Erholungsoasen für die Linzer werden", so

Raml. Darüber hinaus wurde auf Initiative des Sicherheitsstadtrates im Frühjahr ein Sicherheitspaket für alle Linzer Spielplätze beschlossen: "Auf sämtlichen städtischen Spielplätzen gilt mittlerweile ein Alkoholverbot. Unsere Kinder sollen dort ungestört, spielen können und sich nicht vor alkoholisierten herumlungernden Personen fürchten müssen."







## SCHNELLE UND UMFANGREICHE HILFE FÜR UNVERSCHULDET IN NOT GERATENE

Mit Zuwendungen aus einem 15 Mio. Euro schwerem Wohnungssicherungspaket will FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner Opfern der Maßnahmen der türkis-grünen Bundesregierungsgegen die Pandemie.

Besondere Sorgen machen Haimbuchner die vor der Türstehenden wirtschaftlichen Folgen der Pandemie-Bekämpfung in Form drohender Firmeninsolvenzen und damit einhergehender steigender Arbeitslosigkeit: "Mir ist wichtig, bereits jetzt dafür zu sorgen, dass sich die Oberösterreicher neben ihrem Arbeitsplatz nicht auch noch Sorgen um ihre Wohnsituation machen müssen. Viele Haushalte, für die es bislang nie ein Problem war, ihre Wohnkosten zu bestreiten, werden im Zuge der drohenden Wirtschaftskrise kurzfristig durch Insolvenz, Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit ihre Mietwohnung, ihre Eigentumswohnung oder ihr Eigenheim nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren können. Genau diese werden mit dem Wohnungssicherungspaket finanziell unterstützt."

Haimbuchner hatte zum Schnüren des von ihm initiierten Hilfspakets Spitzenvertreter der AK OÖ, des AMS OÖ, des OÖ Verbands Gemeinnütziger Bauvereinigungen und der Mietervereinigung OÖ zu sich in das Landhaus an den "Runden Tisch" geladen. Schnell war man sich in den grundsätzlichen Fragen einig und Manfred Haimbuchner verkündete zur geplanten Hilfe für in Not geratene Leis-

tungsträger: "Unterstützt werden Mieter und Eigentümer unabhängig davon, ob es sich dabei um Arbeitnehmer oder Selbstständige handelt. Besonders gefreut haben mich der breite Konsens zu meinen Vorschlägen sowie die konstruktiven Ideen der teilnehmenden Institutionen. Gemeinsam haben wir etwas geschaffen, um die Auswirkungen der Corona-Politik der Bundesregierung auf die hart arbeitenden Leistungsträger abzufedern."

#### WOHNUNGSSICHERUNGSPAKET



Gefördert werden Selbständige und Unselbständige, Mieter und Eigentümer, die in den drei Jahren vor der Corona-Pandemie ein Durchschnittseinkommen zwischen der Obergrenze für den Bezug einer Wohnbeihilfe und den Einkommensgrenzen der Oö. Einkommensgrenzen-Verordnung erzielt haben, und deren derzeitiges Haushaltseinkommen gegenüber dem Durchschnitt dieses dreijährigen Berechnungszeitraums um mind. 30 % gemindert ist. 50 %

der monatlichen Miete oder Wohnkreditrückzahlung werden unterstützt. Stellt sich die Einkommensminderung auf unter 30 Prozent ein, wird die Unterstützung eingestellt. Die Antragsstellung ist vom 1. 7 bis 21.12. 2021 möglich.

Das Paket umfasst 15 Mio. Euro und ist vorerst auf sechs Monate beschränkt. Die Antragstellung und die Förderabwicklung sollen gezielt einfach und in hohem Digitalisierungsgrad erfolgen. So wird weitgehend auf die Vorlage von Nachweisen durch die Förderwerber verzichtet, wenn die benötigten Informationen aus verfügbaren Portalanwendungen ausgelesen und übernommen werden können.

Details unter www.wohnfuehlland.at